

Brüne Schloen

# KLIMA SOLIDARITÄT DURCH GRUNDEINKOMMEN

---

Grundlagen einer zukunftsgerechten  
Umwelt- und Wirtschaftspolitik

# Inhalt

<i>Einleitung</i>	7
<b>1. Unerfülltes Revolutionsvermächtnis</b>	13
Markt gegen Solidarität	14
Adam Smith und Karl Marx – Kapitalexpansion und Klassenkampf	17
Rudolf Steiners Dreigliederungsbewegung für sozialen Organismus	28
Höllenfahrten und wieder eingesetzte Menschenwürde	35
Neoliberale Verdrängung von Solidarität	42
<b>2. Apokalyptische Klimarisiken</b>	47
Von Carson über Meadows zu Schellnhuber – Umweltzerstörungen im Fokus der Wissenschaft	48
Wirkungsgrenzen hoffnungsgeprägter Klimaprognosen	52
Welche Katastrophen sind möglich, welches Bewusstsein von ihnen ist nötig?	55
Voraussetzungen, um die Zivilisation zu retten	58
Beherrzte Lastenverteilung statt zögerlicher Klimapolitik	62
<b>3. Grundeinkommen: Schlüssel zur Lösung des Problems</b>	65
Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) – Zahlen und Daten	65
Wer, wie viel und unter welchen Bedingungen?	67
Berechnung der Gesamtzusendungen	69
Was wegfällt im Sozialbudget	70
Koordinatenüberblick	72
Finanzierungsbeiträge durch Einkommenssteuerreform	73
Wiederbelebung der Erbschaftssteuer	76
Weitere Grundlagen des klimasolidarischen Grundeinkommens: CO <sub>2</sub> -Zertifikatehandel, Konsum- und Finanztransaktionssteuern	81

Solidaritäts- und Selbstbestimmungseffizienz des Gesamtplans	82
Jenseits aller Totschlagargumente	85
Solidaritätsimpulse für die EU	87
<b>4. Kernpunkte eines klimasolidarischen Systemwandels</b>	<b>89</b>
Wissenschaftsethos gegen Ökonomismus	89
Eine neue Geldpolitik für Nachhaltigkeit	95
Wie sieht ein Handlungspaket für Systemwandel aus?	100
Klimasolidarität oder Apokalypse	107
Netze für ökosystemisches Handeln	112
Bewegungen zur Zivilisationsrettung – Fridays for Future und Extinction Rebellion	113
Corona – Blaupausen zum Paradigmenwechsel	114
Tropenwaldschutz plus EU-Green-Deal	118
<b>5. Menschheit am Scheideweg</b>	<b>121</b>
Zukunft oder Realitätsverdrängung	121
Schlafwandler, Plutokraten und (semi)faschistische Widersacher	123
Aktivisten, Netzwerke und Verbände für die neue Brüderlichkeit	132
Alarmhinweise auf Kippunkte	133
<i>Epilog</i>	137
<i>Anmerkungen</i>	139

## EINLEITUNG

»Die Klimakatastrophe ist chaotisch. Sie wird die Form zunehmend schlimmer Krisen annehmen, die auf wüste Weise kumulieren, bis die Zivilisation sich aufzulösen beginnt.« So lautet die Zukunftssicht des weltbekannten Bestsellerautors Jonathan Franzen in seinem 2020 im Rowohlt Verlag erschienenen Buch *Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen*. Hierfür erntete er von der, wie er sie nennt, »Klima-Community« heftigste Kritik. Aber: Von nicht wenigen seiner Leser erhielt er sogar Zuspruch. Letztere empfanden seinen illusionslosen Fatalismus als befreiend nach dem Motto »gegen dominierendes Unvermögen helfen auch die besten Vorsätze nichts«. Ist an seinen Thesen etwas dran? Waren und bleiben wir als Menschheit tatsächlich unfähig, noch rechtzeitig notwendige CO<sub>2</sub>-Reduzierungen für eine Zivilisationsrettung auf den Weg zu bringen, weil wir die apokalyptischen Risiken des Klimawandels überwiegend lieber verdrängen, anstatt mutig und entschlossen dagegen vorzugehen?

Als Gegenthese ließe sich das überraschend entschlossene Politikhandeln zur Bewältigung der Corona-Pandemie ins Feld führen. Warum kann dies nicht als Blaupause auch zur Abwendung der viel gefährlicheren Umweltpokalypse dienen? Und überhaupt: Gibt es nicht auch das Geo-Engineering, mit dem man den CO<sub>2</sub>-Anstieg schon dadurch unschädlich machen könnte, indem wir dieses atmosphärische Problem auf Dauer in tiefer gelegene Erdschichten verbannen?

Wer realistische Antworten auf diese Fragen finden will, der ist neben einer gründlichen Recherche vor allem auf Folgendes angewiesen: die ständige Schärfung des eigenen Wirklichkeitssinns mittels kompromissloser Wahrheitssuche. Die Überwindung jedweden (verdeckten) Wunschenkens und das unvoreingenommene Hineinversetzen in die Verdichtung der vorgenannten Problematik. Dabei sollte man – in dieser Folge – fragen: Worin gründen die Probleme? Wie sieht deren aktuelles Lagebild aus? Wodurch und wie können perspektivische Problemlösungen gelingen?

Mein eigener Klärungsversuch führte mich sehr bald zu der Einsicht, dass der Problemlösungsschlüssel für die Überwindung der Klimakrise in der sofortigen Einführung eines klimasolidarischen Grundeinkommens liegt, wie ich es in Kapitel 3 vorstelle. Erst mit dessen Einführung sind überhaupt wirksame Schritte in Richtung einer nachhaltigen Umweltpolitik möglich. Denn Bevölkerungsmehrheiten können für eine derartige Klimapolitik nur durch eine positive Erzählung gewonnen werden. Und emotional positiv wirkt nur eine als seriös empfundene Erzählung, von der sich die Menschen eine klimasolidarische Absicherung und zugleich Verbesserung ihres sozialen Status versprechen können. Ohne ein solches Versprechen versandet jede Art von Umweltpolitik im flickschusterhaften Klein-Klein – schon wegen sozialer Unzumutbarkeit von wirklich wirksamer CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Davor kann uns deshalb nur der klimasolidarische Systemwandel bewahren, den ich in Kapitel 4 genauer definiere. Für den großen Plan auf der Basis eines klimasolidarischen Grundeinkommens soll dieses Buch als Weckruf werben. Darüber hinaus sollen auch Netzwerke und Bewegungen bei ihren Versuchen unterstützt werden, die drohenden Zivilisations- und Klimakatastrophen abzuwenden. Ferner mögen auch Internetexperten, die dieser Thematik zugewandt sind, Anregungen und Bausteine für mediale Aktionen in Richtung Zivilgesellschaft, Parteien und veröffentlichter Meinung hier finden.

Zudem habe ich versucht, dem sozialpolitisch und historisch interessierten Leser das Entstehen der obigen Problematik aus der geschichtlichen Perspektive anhaltender Kulturkämpfe durchschaubar zu machen. Derartige Auseinandersetzungen haben seit nahezu zweihundertfünfzig Jahren ihren wesentlichen Ursprung in zwei sich bekämpfenden Polaritäten. Einer dieser Pole entspringt den in der Französischen Revolution errungenen Idealen und deren epochalen Folgewirkungen. Gemeint ist damit nicht nur das Menschenrecht auf Freiheit und Gleichheit, sondern insbesondere auch das auf Brüderlichkeit, welche ich im ersten Kapitel als Gesellschaftssolidarität bezeichne. Vor allem sie bildet die Basis für die daraus abgeleitete und als Kernanliegen dieses Buches begründete Klimasolidarität. Diesen Pol möchte ich als »lichten Pol« oder helle, ideale Seite der Französischen Revolution bezeichnen.

Dem »lichten Pol« steht – wie kann es auch anders sein – ein »dunkler Pol«, eine dunkle Seite gegenüber. Auf dieser Seite herrschen – durchaus auch als Resultat der revolutionären Befreiung von Mensch und Eigentum aus feudalen Bindungen – die Konkurrenz aller gegen alle und die ebenfalls eröffnete Chance der Herrschaft des Geldes. Daraus entwickelte sich eine brutale Herabstufung aller unselbstständig Beschäftigten zu einer handelbaren Ware. Letzteres geschieht über sogenannte Arbeitsmärkte. Über diese wechseln inzwischen oftmals ganze Belegschaften im Wege von Unternehmens(ver-)käufen ihren »Arbeitskraftbesitzer«. So werden nicht selten über einen einzigen Konzernverkaufsvertrag Hunderttausende von abhängig Beschäftigten als »Dienstverpflichtete an einen neuen Dienstherrn« verkauft. Das Credo dieses so ausgerichteten »dunklen Pols« lautete zunehmend: ewiges Wirtschaftswachstum bei konsequenter Renditemaximierung (Investor-Value). Verkürzt auf den Punkt gebracht: Erst die Wirtschaft – bestenfalls dann noch Menschheitsideale.

Eine erste wirkmächtige Vorlage für das Entstehen der dunklen Seite stiftete schon 1776 Adam Smith mit seinem Mythos von der »unsichtbaren Hand des Marktes«. Diese verwandelt angeblich sogar den krassesten Egoismus möglichst ohne jedweden staatlichen Eingriff in das Wohl aller. Daraus entstand eine Erzählung, die maßgeblich die Entstehung des sogenannten Manchesterkapitalismus befeuerte – eine patriarchalische Plutokratie,<sup>1</sup> die während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England und danach auch in Frankreich und anderen Ländern zu oftmals gnadenlosen Ausbeutungen breiter Bevölkerungsschichten führte. Das entzündete zunächst in England und danach auch im übrigen Europa einen mehr oder weniger offen ausgetragenen Kampf zwischen dem Profitstreben der dunklen Seite einerseits und den aus dem Vermächtnis der Revolution nach Gesellschaftssolidarität strebenden Kräften der hellen Seite andererseits. Zwischen beiden Polen wiederum agitierten im neunzehnten Jahrhundert Karl Marx und mit ihm Millionen seiner Anhänger für eine Diktatur des Proletariats. Aber das Marx'sche Philosophieverständnis mit seinem daraus abgeleiteten »wahren Kommunismus« richtete sich nicht nur gegen den von ihm tatsächlich so genannten »dunklen (Pol des) Kapitalismus«. Vielmehr unterließ er leider jedes Eintreten für die helle Seite

des Kapitalismus, soweit diese sich im ideellen Dreiklang von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begründet.

In Deutschland entstand eine Aufbruchsstimmung, die sich nicht nur Freiheit und Gleichheit, sondern auch gesellschaftlicher Solidarität verpflichtet fühlte, erstmals nach der vernichtenden Niederlage des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Beispiele dafür sind die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung sowie die Gründung des Bauhauses im Jahre 1919 und nicht zuletzt die in demselben Jahr aus der Betriebsrätebewegung hervorgegangene Dreigliederungsbewegung. Diese strebte durch Erneuerung des französischen Revolutionsvermöchtnisses ein selbstloseres Sozialsystem mit emanzipatorischer Wirtschaftsverfassung sowie ein freies Geistesleben an. Das tragische Scheitern dieser Bewegung hatte nicht nur verheerende Folgen für die von da an programmatisch ausblutende SPD und USPD, vielmehr auch für die Weimarer Republik insgesamt, deren Sterbeglocke alsbald läutete – mit Unterstützung schwerindustrieller Oligarchen durch den Komplott von Reichspräsident Hindenburg gegen die SPD im Jahre 1928. Das geschah zunächst über die Inthronisierung von Reichskanzler Brüning, der treuherzig nach neoliberalen Drehbuch der damaligen Weltwirtschaftskrise begegnete, nämlich mit einem extrem unsozialen und geradezu wirtschaftsvernichtenden Sparkurs. Die Folge waren mehr als sechs Millionen (offizielle) Arbeitslose mit der Konsequenz einer ab 1933 von den Nationalsozialisten orchestrierten Höllenfahrt zunächst für Deutschland und sodann auch weite Teile Europas (siehe S. 40 f.).

Gut vier Jahre nach dem Untergang des Deutschen Reiches erlebte Westdeutschland als Geschenk der westlichen Siegermächte die Wiederauferstehung der Ideale der Französischen Revolution, zunächst am sichtbarsten durch Artikel 1 des Grundgesetzes mit dem darin prominent betonten, einklagbaren Recht auf Menschenwürde. Diese epochale Errungenschaft reichte leider nicht aus für eine nachhaltige Einhegung der dunklen Seite des Kapitalismus. Vielmehr reüssierte diese sowohl in der BRD als auch nahezu weltweit durch das Hamsterrad einer profitgetriebenen Wachstumsgesellschaft. Dabei wäre es aufgrund der extrem fortgeschrittenen Arbeitsproduktivität ab Beginn dieses Jahrtausends ein

Leichtes gewesen, aus diesem Hamsterrad auszusteigen, beispielsweise durch eine erhebliche Herabsetzung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit. Dies hatte schon der berühmte Ökonom J. M. Keynes für das Jahr 2030 mit ab dann weniger als 25 Wochenstunden für wünschenswert erachtet. Solche Art von Paradigmenwechsel erstickte jedoch der Neoliberalismus schon im Keim.

Immerhin beginnt seit wenigen Jahren eine immer breitere, internationale Öffentlichkeit die katastrophalen Umweltschädigungen eines von Egoismus getriebenen Wirtschaftswachstums kritischer wahrzunehmen. Insbesondere durch Fridays for Future erkannten sogar einige der bis dahin überwiegend schlafwandelnden Politiker, dass es so wie bisher mit dem ungebremsen Wachstum und dessen Ressourcenausbeutung samt CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht weitergehen kann. Genauso wenig wie mit der nahezu alle demokratischen Gesellschaften destabilisierenden Sozialeroision infolge wachsender Verteilungsungleichheiten. Dagegen würde nur die helle Seite des Kapitalismus helfen, der Rückgriff auf die Brüderlichkeit der Französischen Revolution. Dies betonen viele Klimaforscher und von diesen an prominentester Stelle der Potsdamer Physiker und Philosoph Schellnhuber immer wieder, etwa mit der Kernthese: »Um diese Klimakrise (wirksam) zu bekämpfen, muss die Weltgemeinschaft eine noch nie da gewesene Solidarität beweisen.«

Den Grundbaustein für eine solchermaßen notwendige Solidarität muss und kann nur ein klimasolidarisches Grundeinkommen darstellen. Ohne ein solches – das vor allem versuche ich aus verschiedenen Blickwinkeln hier zu begründen – ist ein zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe notwendiger Systemwandel nicht möglich. Das dafür erforderliche klimasolidarische Handlungspaket wird selbst von den Grünen nicht konsequent eingefordert. Sie versuchen bisher lediglich, den dunklen Seiten des Kapitalismus mit dem abstrakten Mantra von der »Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch« ohne jedwede sozialpolitische Fundierung auszuweichen.

Dies konfrontiert uns keinesfalls nur mit einem paralyisierenden Erkenntnis-, Willens- und zugleich Fortschrittsproblem, hinzu kommt ein gravierendes Zeitproblem. Denn die sich stets dramatischer aufheizende

Atmosphäre fragt nicht danach, ob die Menschheit gegen die Gefahren der drohenden Umweltapokalypse wirksame Gegensteuerungen veranlasst oder nicht. Welche Gefahren sich daraus ergeben können, versucht der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, Überstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) über sogenannte Kippunkte zu verorten. Würden diese überschritten, so wäre ein klimaverursachter Zerfall unserer heutigen Zivilisation nicht mehr aufzuhalten. Das Überschreiten solcher Kippunkte ist laut IPCC nur dann verhinderbar, wenn es der Weltgemeinschaft gelänge, die 2017 beim Klimagipfel in Paris beschlossenen, maximal tolerierbaren Temperaturanstiegsziele einzuhalten. Danach soll ein weltweiter Durchschnittstemperaturanstieg über 1,5 Grad Celsius hinaus auf jeden Fall verhindert werden.

Das Problem dieser äußerst ehrgeizigen Forderung des IPCC ist jedoch: Nach seiner jüngsten Klimaprognose lässt sich dieses Ziel nur noch mit ergänzenden Maßnahmen des sogenannten Geo-Engineerings erreichen.<sup>2</sup> Was im Umkehrschluss heißt: Die allenfalls noch umsetzbaren CO<sub>2</sub>-Emissionsminderungen mögen vielleicht sogar alles bisher Erreichte bei Weitem übertreffen. Dennoch dürfte laut IPCC selbst ein solches Mehr allein nicht mehr zur Einhaltung des 1,5-Grad-Temperaturanstiegszieles ausreichen. Das bedeutet: Der IPCC veröffentlicht Prognoserechnungen nach dem Primat politischer Opportunität. Er will verhindern, wie mir auch IPCC-nahe Klimaforscher in persönlichen Gesprächen bestätigten, dass Politik und Bevölkerung durch zu negative Klimaprognosen die Hoffnung auf eine noch mögliche Umweltrettung verlieren.

Dass eine nachhaltige Umweltpolitik eine positive Erzählung braucht, habe ich schon betont. Nur sollte das nicht zulasten eines konsequenten Wahrheitsbemühens geschehen – und muss auch für Wissenschaftslaien transparent sein. Der IPCC braucht meines Erachtens dringend mehr wirtschaftswissenschaftliche Unterstützung für sowohl transparente Prognosen als auch das Aufzeigen ermutigender Handlungsalternativen. Dazu möge bei aller gebotenen Bescheidenheit auch dieses Buch beitragen.

Wilstedt, im Januar 2021  
Brüne Schloen

## KERNPUNKTE EINES KLIMASOLIDARISCHEN SYSTEMWANDELS

Einer schnellen Umsetzung des vorgestellten klimasolidarischen Grund-einkommens stehen vor allem unterschwellige Ängste entgegen. Diese nähren sich zum einen aus der verbreiteten Furcht vor allem Neuen. Ein solches Phänomen kennen wir seit Langem im Widerstand gegen alle sich als notwendig erweisenden Paradigmenwechsel. Zum anderen erwachsen Ängste gegen Klimasolidarität aus einer tief sitzenden Abstiegs-, Ansehens- und Sozialverlustangst. Und genau diese Verlustangst wird – oft vermutlich unbewusst – von jenen Wirtschaftswissenschaftlern geschürt, die man als bekennende Neoliberale oder, ohne diplomatische Rücksichtnahme, als egomane Wirtschaftsdogmatiker beziehungsweise »Ökonomen« bezeichnen kann.

### Wissenschaftsethos gegen Ökonomismus

Ökonomismus beschreibt ein Phänomen, das mancher Leser eher bei theologischen Dogmatikern als in den Kreisen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern erwarten dürfte. Es ist dies ein mehr oder weniger unkritischer Glaube an Dogmen. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften entsteht solche Dogmengläubigkeit überwiegend aus schwer überprüfbareren Modellannahmen. Diese mutieren durch unkritische und stete Wiederholung zu einer angeblich nicht widerlegbaren Lehrmeinung über menschliches Verhalten. Da ist etwa die insbesondere von Neoliberalen vertretene Behauptung, Menschen handelten stets eigennützig, soweit ihnen dies mehr Vorteile einbringe als altruistisches Verhalten (»Eigennutzaxiom« samt sogenannter Nutzenmaximierungshypothese). Daraus entstand die Ideologie eines sogenannten Homo oeconomicus, neben der es nach dem Bestreben orthodoxer Dogmatiker keine andere

Art von wirtschaftswissenschaftlicher Weltsicht geben soll. Daran konnte bisher auch die Tatsache wenig ändern, dass das Eigennutzaxiom inzwischen mehrfach durch empirische Untersuchungen widerlegt (falsifiziert) wurde.<sup>87</sup>

Über diesem sogenannten Homo oeconomicus bauten Generationen von Wirtschaftswissenschaftlern ein gesellschaftlich und politisch stark vereinfachendes, jedoch wirkungsmächtiges Ideologiesystem auf. In der Einleitung haben wir dies dem »dunklen Pol« des Kapitalismus zugeordnet. Zum zentralen Leitsatz dieser dunklen Seite gehört, dass die Wirtschaft ständig wachsen müsse, sonst drohe ein gesellschaftlicher Kollaps. Das Wachstum solle über die Förderung freier Märkte geschehen und allen Bevölkerungskreisen zusätzlichen Wohlstand vermitteln, auch weil vom Tisch der Reichen angeblich stets weitere Brosamen für die Ärmern abfielen, dass also auch die unteren Einkommenschichten automatisch am Wachstum partizipieren (Trickle-down-Effekt). Für all das Sorge die uns schon aus Kapitel 1 bekannte »unsichtbare Hand des Marktes«, durch die egoistische Kapitalisten auch ohne staatliches Zutun zu volkswirtschaftlichen Wohltätern mutierten.

Wären Neoliberale wie auch die diesen nahestehenden Wirtschaftsdogmatiker zu einer kritischen Reflexion dieser Auffassung fähig, dann würden sie sich angesichts der drohenden Klimakatastrophe ihre Unbrauchbarkeit eingestehen müssen. Zum einen verhindert diese Egoismusverhaftung jede Weiterentwicklung zu einer ökonomischen Theorie der Gesellschaftssolidarität. Zum anderen – und das ist entscheidend – werden in Zukunft immer weniger realistisch denkende Wirtschaftswissenschaftler und ebenso ganzheitlich denkende Politiker mit dem Mantra eines stets notwendigen Wirtschaftswachstums irgendetwas anfangen können und wollen. So zum Beispiel werben die Wirtschaftswissenschaftler Janez Potočnik und Michael R. Stuchtey für die Etablierung von Ressourcenkreisläufen und einen vom Ressourcenverbrauch unabhängigen Wohlstand<sup>88</sup>. Dem lässt sich hinzufügen:

- a. Wenn wir auch nur noch wenige Jahre weiter so wie bisher die Ressourcen und Regenerationspotenziale unseres Planeten verbrauchen, um nicht zu sagen ausplündern, dann erzeugen wir dadurch unaus-

weichlich die Apokalypse. Wir zerstören damit die Grundlagen unserer Zivilisation;

- b. wir müssen also künftig bei weit weniger CO<sub>2</sub>-freisetzender Produktion als bisher und einem gegenüber heute verringerten Ressourcenverbrauch unsere Gütererzeugung zumindest auf das aktuelle Niveau begrenzen, ja sogar, soweit politisch umsetzbar, zurückführen. Wachsen kann dagegen nur noch die Erzeugung von Dienstleistungen, soweit diese keine zusätzlichen und damit klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Freisetzungen bewirken.
- c. Die Mengenbegrenzungen laut Ziffer (a) und (b) treffen auf ein Vorschreiten der Digitalisierung. Das bedeutet, weitere Produktivitätssteigerungen begegnen stagnierenden oder sogar geringeren Produktionsmengen. Es wird also ständig weniger Arbeitszeit benötigt. Was wiederum heißt: Eine im Durchschnitt pro Beschäftigte zu vermindernde Arbeitszeit muss ebenso wie die Verteilung von Einkommen gesellschaftsvertraglich und solidarisch grundlegend neu verhandelt werden.

Zur Befriedigung obiger Notwendigkeiten müssen wir allerdings für die BRD, die EU und andere Länder erst einmal menschenwürdige Zielvorgaben erkämpfen und angemessene Rahmenbedingungen zu ihrer Erreichung vordenken. Für Persönlichkeiten mit wirtschaftlichem Sachverstand und sozialer Fantasie ist das eine faszinierende Aufgabe. Wie sehr haben sich große Ökonomen wie John M. Keynes und weit vor ihm schon Charles Fourier sowie sein Kritiker, der von ihm einiges übernahm, nämlich Karl Marx, gewünscht, solche Aufgaben mitgestalten zu können. Keynes immerhin konnte Teilen seiner Vorstellungen zuletzt noch 1944 in Bretton Woods internationale Geltung verschaffen.<sup>89</sup> Auf dessen Geld- und Leistungsbilanztheorien werde ich im Folgeabschnitt noch zurückkommen. Es war Keynes jedoch nicht vergönnt, die Dogmen der (neo-) liberalen Wirtschaftstheorie in die Schranken zu weisen.

Richtschnur und Grundlage dafür sollten neben den Überlebens- und Solidaritätsanforderungen auch die damit verflochtenen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sein. Auf Letztere geht die Ökonomin Maja Göpel

in ihrem 2020 erschienenen Buch *Unsere Welt neu denken* ausführlich ein. Sie hinterfragt, wie die Ressourcen unseres Planeten unter Beachtung der zu Ziffer (a) bis (c) erklärten Grenzen »gerechterweise zu verteilen wären [...], wie will man die ökologische Frage lösen, wenn man sie nicht auch als soziale Frage versteht? [...] Wie können wir ein Gerechtigkeitsverständnis finden, das uns wieder miteinander anstatt gegeneinander handeln lässt und die Verbindung von sozialen und ökologischen Zielen erlaubt? Für mich liegt die Formel darin, dass wir aus der Zukunft denken. Und die systemische [...] Lösung [...] heißt, niemanden zurücklassen« [...] dazu (muss) kommen [...] der Mut der Medien, differenzierter über Ziele und Wirkungen von Gesetzen und die Facetten von wirtschaftlichem Erfolg zu berichten«<sup>90</sup>.

Leider haben Forderungen wie diese bei den Neoliberalen in Deutschland, aber auch weltweit bisher wenig Akzeptanz gefunden. Eher scheint die Mehrzahl der neoliberalen Lehrstuhlinhaber bestrebt, trotz wachsender Kritik ihre Auffassungen weiter als Heilslehre zu verkaufen. Das gilt nicht nur für das Dogma eines stets notwendigen Wachstums und das des »Homo oeconomicus« und der »unsichtbaren Hand des Marktes«. Vielmehr gilt dies auch für die von Léon Walras (1834 – 1910) nach dem Vorbild der Naturwissenschaften begründete und durch seine Nachfolger immer stärker mathematisierte »Gleichgewichtstheorie«. Danach finden freie Märkte mit eigennutzmaximierenden Konsumenten und gewinnmaximierenden Anbietern auf Dauer immer ein Gleichgewicht. Dass in der Realität genau das Gegenteil geschieht und ein stets durch staatliche Eingriffe zu reparierendes Ungleichgewicht für die strategisch besonders wichtigen Märkte typisch ist, wird von neoliberalen Dogmatikern übersehen. So wie dies der bekannte Ökonom Herbert A. Simon ausdrückt: »Ökonomen entwickeln nicht denselben Zugang zur Theorie wie andere Sozial- und Naturwissenschaften [...], (weil sie) die neoklassische Gleichgewichtstheorie mit Nutzenmaximierung als treibendem Mechanismus als ein sehr schönes Gebilde ansehen [...]. (Sie) ist die Grundlage der wirtschaftswissenschaftlichen Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen [...]. Ökonomen sind (dadurch) sehr widerspenstig gegen die Annahme und Anerkennung von Fakten aus der realen Welt, die dieser schönen Theorie entgegenstehen.«<sup>91</sup>

Als bemerkenswerter Abweichler aus dem Heer der realitätsresistenten, neoliberalen Lehrstuhlinhaber in der BRD outete sich in der *Zeit* vom 31. Januar 2019 der frühere Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Dennis Snower. In dem genannten Interview betont Snower zur Rolle einer zukunftsreichen und zugleich ethisch verantwortlichen Wirtschaftswissenschaft unter anderem: »Man kann Klimawandel nur verstehen, wenn man ihn im Zusammenhang mit den weltwirtschaftlichen Aktivitäten bringt [...]. (Jedoch:) Das Fach akzeptiert jemanden nur als Ökonomen, wenn er glaubt, dass Menschen einen eindeutigen Nutzen haben und diesen maximieren. Man versucht also vorzuschreiben, welche gedanklichen Instrumente man nutzen sollte, um die Wirtschaft zu analysieren. Das gibt es in anderen Wissenschaften nicht [...]. (Ideen-)Wettbewerb darf (in dieser Wissenschaftsgemeinde) nicht stattfinden, denn alles ist ausgeschlossen außerhalb dieses Rahmens, der mit der Zeit immer enger geworden ist [...]. Die Wirtschaftswissenschaften sollten sich wirklich mit anderen Disziplinen zusammenschließen. Wir müssen menschliches Verhalten verstehen und brauchen daher eine Sozialwissenschaft, die Psychologie, Soziologie und Anthropologie vereint [...]«<sup>92</sup>.

Wie Snower völlig zu Recht kritisiert, hilft uns die dogmatisch eingetragene Modellverliebtheit des Neoliberalismus weder national noch international bei der Bewältigung der anstehenden Probleme. Diese verlangen alles andere als sogenannte freie Märkte ohne staatliche Koordinierungen und Gemeinschaftsregelungen. Im Gegenteil: Wir brauchen schnellstmöglich umweltschonende »Nachhaltigkeitsmärkte«. Für sie sollte die Gesellschaft Preiskorridore für das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage vorgeben. Solche Vorgaben sollten zum einen über Steuerungsinstrumente wie die in Kapitel 3 vorgestellte CO<sub>2</sub>-Konsumsteuer einschließlich CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel erfolgen. Zum anderen sollte es funktionieren über Steuern und/oder Zertifikatehandel für den Verbrauch knapper Rohstoffe wie auch die Verursachung sonstiger Umweltschädigungen, die bisher von der Allgemeinheit als sogenannte externe Kosten getragen werden. Dazu zählen Kosten für Recycling sowie umweltschädliche Emissionsbelastungen wie Grundwasserverunreinigung, Plastikvermüllung und Ähnliches. Ferner bedarf es verschärfter Machteinhegungen und Kartellregulierungen.

Ohne Klimasolidarität lässt sich weder die Erderwärmung samt daraus resultierenden Katastrophen abwenden noch unsere Zivilisation retten. Darin stimmen alle führenden Umweltforscher überein. Fatalerweise sind die bisherigen Problemlösungsversuche, beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Besteuerungskonzepte, oft nicht wirksam genug. Vielmehr belasten sie vor allem die unteren und mittleren Einkommenschichten, während sie für Gutverdienende keine großen Hürden darstellen. So jedoch lässt sich keine breite Akzeptanz für notwendige und einschneidende Reformen gewinnen.

Wie und wodurch aber kann Klimasolidarität gerecht und wirkungsvoll erreicht werden? Hierzu stellt Brüne Schloen ein umfassendes Konzept vor. Er entwirft einen gesamtgesellschaftlichen Umsetzungsplan, der auf einem auf Deutschland zugeschnittenen klimasolidarischen Grundeinkommen basiert.

**Brüne Schloen** promovierte als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den 1970er-Jahren an den volkswirtschaftlichen Fakultäten der Universitäten Münster und Hohenheim. Danach war er rund 40 Jahre lang als selbstständiger Wirtschaftsprüfer mit den Schwerpunkten Umwandlungs- und Nachfolgeberatung tätig. Er ist Autor einzelner Lehrbücher und zahlreicher Fachaufsätze über Innovationsfinanzierung sowie Gesellschafts- und Steuerrecht.